

Prävention wird durch Entscheidungen des Gesetzgebers gefährdet

Zahnärzteschaft kritisiert den BARMER-Zahnreport

Der BARMER-Zahnreport stößt bei den deutschen Zahnärzten auf Kritik. „Die Zahnmedizin zielt weiterhin eher auf die Therapie als auf die Vorbeugung ab“, erklärte BARMER-Chef Christoph Straub bei der Vorstellung der Auswertung in Berlin.

Das können und wollen die zahnärztlichen Körperschaften nicht unkommentiert stehen lassen. Zwar räumt auch die BARMER ein, dass sich die Zahngesundheit der Deutschen von 2012 bis 2020 weiter verbessert hat. Dennoch seien weiterhin viele Zahnerkrankungen vermeidbar. Die Praxen sollten die Prophylaxeleistungen deshalb weiter ausbauen.

Diese Aussagen irritieren gerade deshalb, weil der Zahnreport am 20. Oktober vorgestellt wurde. Am gleichen Tag verabschiedete der Deutsche Bundestag bekanntlich das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG), in dem die Zahnärzte einen „Frontalangriff auf die zahnmedizinische Versorgung sehen“. Dr. Wolfgang Eßer, Vorsitzender des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), sieht durch das Gesetz die Erfolge bei der Verbesserung der

Mundgesundheit massiv gefährdet: „Obwohl die Ampel im Koalitionsvertrag Prävention und Vorsorge zum gesundheitspolitischen Leitprinzip der Regierungsarbeit erhoben hat und Minister Lauterbach bei jeder sich bietenden Gelegenheit betont, dass jeder in Prävention investierte Euro dem System später um ein Vielfaches erspart bleibt, kappt er mit dem GKV-FinStG durch Budgetierung die Mittel. Unsere Präventionserfolge sind beispielgebend für die Versorgung. Diesen Weg wollen wir weitergehen und Erfolge verstetigen und ausbauen – wenn uns die Politik denn lässt und nicht fortwährend Knüppel zwischen die Beine wirft.“

Auch die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) äußerte sich zum BARMER-Zahnreport: „Die Karies bei Kindern wurde auf ein Zehntel reduziert, gesundheitliche Ungleichheiten entlang sozialer Gradienten wurden abgebaut. Dank des Zusammenspiels von Individual- und Gruppenprophylaxe gehört Deutschland zu den Ländern mit den niedrigsten Kariesprävalenzen bei 12-Jährigen. Bei Erwachsenen ist die Zahl der Füllungen rückläufig, Zahnverluste haben sich halbiert. Senioren weisen durchschnittlich fast sieben mehr eigene Zähne auf als noch zur Jahrtausendwende. Die Investitionen in Vorsorge zahlen sich aus, denn so wird eine wesentlich kostenintensivere Krankheitslast vermieden – über viele Jahre hinweg“, so BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz.

Der BARMER-Zahnreport stellt dagegen den Zusammenhang zwischen Lebensalter und Zahngesundheit in den Vordergrund. Die Auswertung beruht auf den Behandlungsdaten dreier Altersgruppen – konkret von Patienten, die im Jahr 2012 20, 40 und 60 Jahre alt waren und deren Behandlungsaufwand innerhalb der folgenden neun Jahre bis 2020 analysiert wurde. Bei jüngeren Patienten gab es offenkundig weniger Zahnprobleme. Sie kämen im Schnitt länger ohne invasive Eingriffe wie Füllungen, Kronen, Wurzel- und Parodontitisbehandlungen oder Extraktionen aus. In der Gruppe der 40- und 50-Jährigen sehe es schon anders aus: Hier gebe es nur wenige Patienten, die innerhalb dieser neun Jahre ohne Zahntherapie auskamen. Umgekehrt sei bei der Gruppe 70 plus ein längerer therapiefreier Zeitraum feststellbar. „Im mittleren Lebensalter kommen die wenigsten Versicherten langfristig ohne Therapie aus. Dies mag auch an der in dieser Phase zunehmend auftretenden Parodontitis liegen, die zum Therapiebedarf beiträgt. Dieser wird im Alter wieder weniger, was unter anderem

Die größte Gefahr für die präventionsorientierte Zahnmedizin geht derzeit von Entscheidungen des Gesetzgebers aus – vor allem durch die Wiedereinführung der Budgetierung. „Genauso gut könnte die Politik der Feuerwehr das Löschwasser budgetieren“, meint Dr. Rüdiger Schott, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der KZVB.



Die größte Gefahr für die präventionsorientierte Zahnmedizin geht derzeit von Entscheidungen des Gesetzgebers aus – vor allem durch die Wiedereinführung der Budgetierung. „Genauso gut könnte die Politik der Feuerwehr das Löschwasser budgetieren“, meint Dr. Rüdiger Schott, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der KZVB.

an der abnehmenden Anzahl der Zähne liegt“, sagte Zahnreport-Autor Prof. Dr. Michael Walter.

Diese Aussage ist förmlich eine Steilvorlage für die Diskussion über die Auswirkungen des GKV-FinStG auf die Mundgesundheit. Schließlich werden dadurch auch die Mittel für die erst 2021 in den Bema aufgenommene systematische PAR-Therapie budgetiert (mit Ausnahme der PAR-Behandlung bei Pflegebedürftigen oder Behinderten).

„Rund 30 Millionen Patientinnen und Patienten, die an der Volkskrankheit Parodontitis leiden, wird faktisch ein Leistungsanspruch vorenthalten, der als ein Meilenstein für die Verbesserung der Mund- und Allgemeingesundheit begrüßt wurde. Mit dem GKV-FinStG wird dieser neue präventionsorientierte Versorgungsansatz für die weit überwiegende Mehrheit der GKV-

Versicherten im Keim erstickt – Leidtragende sind ausschließlich Patientinnen und Patienten. Ein solcher Frontalangriff auf eine präventionsorientierte Patientenversorgung ist ebenso verheerend wie verantwortungslos“, so Dr. Wolfgang Eßer.

Geradezu zynisch mutet in diesem Zusammenhang der Vorwurf von BARMER-Chef Straub an, dass der Wandel von der „kurativen zur präventiven Zahnmedizin“ noch nicht abgeschlossen sei. Dr. Rüdiger Schott, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der KZVB, brachte das Dilemma, in dem die präventionsorientierte Zahnmedizin steckt, beim Bayerischen Zahnärztetag auf den Punkt: „Es ist absurd, wenn zahnerhaltende Maßnahmen ab 2023 wieder budgetiert sind, Zahnersatz dagegen nicht. Genauso gut könnte die Politik der Feuerwehr das Löschwasser budgetieren.“

Das Fazit: Die BARMER hat sich mit dem 20. Oktober einen denkbar schlechten Tag für die Präsentation ihres Zahnreports ausgesucht. Die größte Gefahr für die präventionsorientierte Zahnmedizin geht derzeit von Entscheidungen des Gesetzgebers aus. Das ebenfalls am 20. Oktober verabschiedete GKV-FinStG könnte die über viele Jahre hart erarbeiteten Erfolge bei der Verbesserung der Mundgesundheit binnen kurzer Zeit zunichtemachen. Und dann wird es für die Krankenkassen richtig teuer! Immerhin sieht das GKV-FinStG eine Evaluierung der Budgetierung der PAR-Versorgung im September 2023 vor. Doch KZVB-Chef Eßer hat recht, wenn er in diesem Zusammenhang vor einem „trial and error auf dem Rücken der Patienten“ warnt.

Leo Hofmeier
Ingrid Scholz

ANZEIGE



BLZK

**Bayerische
LandesZahnärzte
Kammer**

ZEP



Zentrum für Existenzgründer und Praxisberatung der BLZK

**Individuelle und unabhängige
Beratung bei Niederlassung,
Praxisübergabe, Praxisführung**



**Ausführliche Informationen
unter [blzk.de/zep](https://www.blzk.de/zep)**